

A photograph of an oil pumpjack in a field. The pumpjack is a large wooden structure with a long arm that moves up and down. In the foreground, a person wearing a green jacket is blurred, looking towards the pumpjack. The sky is overcast.

VSA:

Felix Jaitner

RUSSLAND: Ende einer Weltmacht

Vom autoritär-bürokratischen Staatssozialismus
mit Ressourcenextraktivismus und
Kriegswirtschaft in die Zukunft?

Felix Jaitner
RUSSLAND: Ende einer Weltmacht

Felix Jaitner, geb. 1986 in Köln, Politikwissenschaftler, promovierte zu Entwicklungskonflikten des russischen Machtblocks.

Felix Jaitner

RUSSLAND: Ende einer Weltmacht

**Vom autoritär-bürokratischen Staatssozialismus
mit Ressourcenextraktivismus und Kriegswirtschaft
in die Zukunft?**

**Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung**

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de
www.rosalux.de



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2023, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-96488-190-8

Inhalt

1. Ein peripheres Imperium	9
Russland als verspätete kapitalistische Nation	11
Die begrenzte Hegemoniefähigkeit der russischen Bourgeoisie	14
Die Wiederkehr des russischen Paradoxons	16
2. Rohstoffbasierte Entwicklung im Kapitalismus	21
Krankheit oder Fluch? Rohstoffreichtum und abhängige Entwicklung ..	21
Die Antwort aus dem Globalen Süden: Der Ressourcenextraktivismus ..	23
Eine Annäherung an extraktivistische Entwicklung	23
Extraktivismus und Klimakrise	25
Vom Globalen Süden in den hohen Norden: Russlands Rohstoffwirtschaft	27
Wiederkehrende Krisen und prekäre Stabilisierung. Die Regulationstheorie	29
3. Die Sowjetunion: Versuch einer nachholenden Entwicklung	33
Rebellion der Peripherie	33
Von der Blütezeit zur Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells	34
Den Westen überholen? Das goldene Zeitalter des Staatssozialismus	34
Plan ohne Demokratie: Die Rückkehr der Krise	35
Die Dienstklasse erwacht. Die Erosion der stalinistischen Klassenverhältnisse	37
Externalisierung des Wachstums. Ökologische Krisenerscheinungen	40
Reform oder Auflösung der Sowjetunion	42
Die Abkehr vom industriellen Entwicklungsmodell	42
Russland stellt die Verteilungsfrage: Der Aufstieg Boris Jelzins	46
4. Mit dem Kapitalismus zurück in die Peripherie (1992–1998)	51
Ein Labor des Neoliberalismus	51
Die zweite ursprüngliche Akkumulation in Russland	52
Die »Entstaatlichung« der Gesellschaft	54
Schwacher Staat, mächtige Oligarchie?	55
Russlands kapitalistische Transformation	57
Ein Schock ohne therapeutische Wirkung: Die Wirtschaft kollabiert	60
Die Transformationsverlierer: Russlands neue Unterschicht	72

Konflikte um das ressourcenextraktivistische Entwicklungsmodell	76
Jelzins autoritäre Wende	78
Die soziale Basis des Jelzinschen Bonapartismus	81
Organisation von unten im Transformationsprozess	83
Vom ökologischen Selbstausbeuter zum globalen Rohstofflieferanten ...	86
5. Die Konsolidierung des russischen Ressourcenextraktivismus (2000–2008) .	91
Finanzialisierung und Finanzkrise	91
Konflikte um die zukünftige Ausrichtung des Landes:	
Die kurze Ära Primakow	94
Die oligarchisch-etatistische Ordnung	96
Der Staat kehrt zurück: Die Etablierung der Machtvertikale	97
Die Einhegung der Oligarchie	100
Russland wird geeint: Die gelenkte Demokratie	103
Die Transformationsverlierer wählen rechts. Neue Klassenbündnisse in Putins Russland	107
Demokratie nach westlichem Vorbild? Das Scheitern des Liberalismus	110
Russlands staatlich durchdrungener Kapitalismus	113
Aus Oligarchen werden Unternehmer	113
Auftragsbankrotte und gewaltsame Enteignungen: Unternehmer von Staates Gnaden ..	115
Streitfall Privatisierung: Erste Konflikte im Machtblock	118
Wider die Anarchie des Marktes: Regulierungsschritte der Putin-Administration	120
Verfehlte Industriepolitik: Das Beispiel der russischen Autoindustrie	123
Das neue Verhältnis zwischen Staat und Kapital	124
Russisches Wirtschaftswunder? Die volkswirtschaftliche Entwicklung ..	126
Staatlich forcierte Konzentrationsprozesse	128
Vertiefte Abhängigkeit vom Außenhandel	131
Die Grenzen der Westorientierung	134
Die Wirtschaftsbeziehungen mit dem postsowjetischen Raum	136
Veränderungen im Finanzsektor	139
Der Stabilitätspakt zwischen Arbeit und Kapital	144
Umkämpftes Terrain: Die Sozialpolitik	145
Russland wird gevierteilt: Die Vertiefung regionaler Entwicklungsunterschiede	148
Widerstand von unten gegen die prekäre Stabilität	150
Kontinuitäten und Brüche in der Umweltpolitik	151

6. Die Krise der oligarchisch-etatistischen Ordnung (2008–2014)	155
Die Wirtschafts- und Finanzkrise in Russland	155
Von der gelenkten zur unlenkbaren Demokratie?	159
Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs im herrschenden Block	159
Die Suche nach neuen außenpolitischen Partnern	160
Das Ende des Medwedew-Faktors	162
Die Protestwelle 2011–2013	163
Der Aufstieg der nationalkonservativen Kräfte	166
Das Paradoxon des russischen Neoliberalismus	170
Die Rückkehr der Wirtschaftskrise	170
Der Stabilitätspakt wird aufgekündigt: Russische Austeritätspolitik	172
7. Neue Auseinandersetzungen um das ressourcenextraktivistische Entwicklungsmodell (2014–2020)	175
Die nationalkapitalistische Entwicklungsstrategie	176
Ein Bündnis konservativer und linkspatriotischer Kräfte	176
Feindbild Liberalismus	178
Zurück zur Konvergenz: Das nationalkapitalistische Wirtschaftsprogramm	180
Der Staat als Katalysator nationalkapitalistischer Entwicklung	182
Die Eurasische Union als Chance zur Re-Industrialisierung des postsowjetischen Raums	185
Die Eurasische Union und die Ukraine	191
Die Modernisierung des russischen Ressourcenextraktivismus	194
Der liberale Krisendiskurs	195
Zaghaftes Rütteln an den Dogmen: Der liberale Staatsinterventionismus	196
Die Lokomotive stottert: Die Modernisierung des Öl- und Gassektors	200
Russlands Wende nach Asien	203
Die Arktis: Russlands neues Rohstoffdepot	206
Die Internationalisierung des Nuklearkomplexes	209
Herausforderung Green Deal: Die Grünung der Energiebasis	219
Die Modifikation des ressourcenextraktiven Entwicklungsmodells	225
Die Expansion des agroindustriellen Komplexes	225
Wachsende Entwicklungsunterschiede im produktiven Sektor	229
Die gescheiterte Neuausrichtung des Außenhandels	233
Die Beharrlichkeit des Neoliberalismus	237
Der Staat übernimmt die Führung	241

8. Für immer Krieg? Szenarien zur Zukunft Russlands	247
Putins gescheiterte Modernisierung	249
Die Auseinandersetzung um das extraktive Entwicklungsmodell	251
Neue Entwicklungstendenzen des russischen Kapitalismus	254
Die Modifikation des Extraktivismus	255
Die veränderte Rolle des Staates	256
Umbrüche in der Außenpolitik	258
Für immer in der Rohstofffalle?	259
Neue Krisen statt Entwicklung:	
Die Wiederkehr des russischen Paradoxons	261
Literatur	264

1. Ein peripheres Imperium

Das Jahr 2022 markiert das vorläufige Ende der knapp über 30 Jahre währenden Annäherung zwischen Russland und dem Westen. Zwei Ereignisse stechen dabei besonders hervor: zuvorderst der russische Angriff auf die Ukraine, aber auch der Tod Michail Gorbatschows. Während der Krieg eine neue Phase der Konkurrenz zwischen Russland und dem Westen einleitet, steht Gorbatschows Tod symbolisch für den Abgang einer Generation von Politiker*innen, die durch ihre Schritte zur Beendigung des Ost-West-Konfliktes Hoffnungen auf eine lang anhaltende Ära des Friedens erst möglich machten. Der Bau eines gemeinsamen Hauses Europa beinhaltete nicht nur das wirtschaftliche Zusammenwachsen zweier vormals konkurrierender Blöcke, sondern auch ein alle Staaten des Kontinents einschließendes System kollektiver Sicherheit mit Abrüstungsinitiativen und Sicherheitsgarantien. Doch in der Rückschau erscheint diese Phase lediglich als ein kurzes Interregnum ungebrochener imperialer Staatenkonkurrenz. Die jugoslawischen Zerfallskriege Anfang der 1990er-Jahre und die bis heute andauernde instabile Lage auf dem Balkan waren ein erster deutlicher, aber weitgehend ignoriertes Hinweis darauf, dass nach dem Ende des Kalten Krieges die Chance für ein friedliches, integrierendes Europa verpasst wurde. Der Krieg in der Ukraine begräbt auf unbestimmte Zeit alle Hoffnungen auf eine Friedensära.

Der für die Mehrheit der Osteuropa-Expert*innen völlig unerwartet erfolgte russische Angriff auf die Ukraine fördert das begrenzte Instrumentarium zur Analyse des Vorgehens der russischen Regierung zutage. Der eingeschränkte Zugang zu Entscheidungsträger*innen und die intransparente Form der Entscheidungsfindung in kleinen, ausgewählten Beratungsgremien, die sich im Zuge der Corona-Epidemie noch einmal intensivierten, lässt die Russland-Expert*innen auf die bereits zu Sowjetzeiten erprobte Praxis der Kreml-Astrologie zurückfallen. Erstaunlicherweise führt dies nicht dazu, selbstkritisch die eigene Forschungspraxis zu hinterfragen, sondern bestärkt letztendlich die Fixierung auf die Person Wladimir Putin und seine überwiegend männlichen Berater und reduziert die Entwicklung Russlands auf die Launen und die psychische Konstitution eines einzelnen Mannes.

Im Westen verkörpert der russische Präsident wie kaum ein anderer die autoritäre Herrschaft im Innern und den aggressiven Expansionismus nach außen. Das Feindbild Putin rechtfertigt sogar Forderungen nach einem Regime Change in Russland (vgl. Fücks 2021; Meister/Jilge 2022). Dabei wird vernachlässigt, dass die autoritäre Entwicklung nicht erst mit Putins Amtsantritt 2000 einsetzte, sondern bereits im Jahr 1993. Zu diesem Zeitpunkt war die russische Gesellschaft stark gespalten in der Frage, wie der marktwirtschaftliche Übergang zu organisieren sei.

Während das Lager um Präsident Boris Jelzin auf eine neoliberale Schocktherapie setzte, plädierte die parlamentarische Opposition für einen graduellen Übergang und einen stärkeren sozialen Ausgleich. Mit der gewaltsamen Niederschlagung des parlamentarischen Protests und der Verabschiedung einer präsidentiellen Verfassung leitete die Jelzin-Administration einen autoritären Übergang ein, der nicht nur die Macht des Parlaments deutlich begrenzte, sondern auch die in der Perestroika entstandenen sozialen Bewegungen schwächte. Dennoch gilt Jelzin im Westen bis heute als Garant für den demokratischen Übergang in Russland.

Das undifferenzierte Russland-Bild speist sich jedoch nicht nur aus der Personalisierung der russischen Politik oder dem damit einhergehenden Freund-Feind-Schema. Russland gilt in der westlichen Debatte nach wie vor als das unvollkommene Andere – ein Narrativ, das seit dem Angriff auf die Ukraine wieder an Popularität gewinnt. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten bilden mit ihrer Kombination aus repräsentativer Demokratie und liberaler Marktwirtschaft einen natürlichen Gegenpol zum autoritären anti-liberalen Staatskapitalismus in Russland. Seit der Auflösung der Sowjetunion sei es nicht gelungen, effektive Institutionen herauszubilden, die eine »normale« gesellschaftliche Reproduktion ermöglichen. Die mangelnde demokratische Kontrolle begünstige die Verselbstständigung der staatlichen Bürokratie, was in Korruption, Willkürherrschaft und Autoritarismus seinen Ausdruck finde (vgl. Beispielhaft Zhurzenko 2016; Gel'man 2017; Heinemann-Grüder 2017). Dies führe dazu, dass konkurrierende »Clans« oder ein kleiner Machtzirkel um den Präsidenten das Land beherrschen. Soziale Konflikte und deren Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung nehmen dagegen genauso eine untergeordnete Rolle ein wie die verheerende sozioökonomische Entwicklung seit den 1990er-Jahren und deren Bedeutung für stabile demokratische Verhältnisse (vgl. exemplarisch Fisun 2012; Stewart/Klein/Schröder 2012; Robinson 2017).

Die westliche Russland-Debatte sieht oft darüber hinweg, dass seit der Auflösung der Sowjetunion ein Angleichungsprozess zwischen Russland und dem Rest der Welt stattgefunden hat. Schwache staatliche Institutionen, klientelistische Praktiken oder die Ausrichtung auf den Rohstoffexport sind keine russischen Besonderheiten, sondern Merkmale peripherer kapitalistischer Entwicklung (vgl. Becker 2008). Nicht einmal autoritäre Herrschaftsformen sind ausschließlich eine russische Eigenheit oder sind eine ausreichende Erklärung für die wechselhaften Beziehungen zwischen Russland und dem Westen in den vergangenen 30 Jahren. In vielen der vormals staatssozialistischen Länder, darunter EU-Staaten wie Ungarn und Polen, oder dem NATO-Mitglied Türkei lassen sich vergleichbare Entwicklungen beobachten.

Das vorherrschende Russland-Bild offenbart eine weitere große Schwäche: Es wird (zumindest implizit) ein homogenes Interesse der einzelnen Fraktionen im Machtblock vorausgesetzt, wodurch die komplexen Beziehungen zwischen Staat-Kapital-Gesellschaft nur unzureichend berücksichtigt werden. Dementsprechend ist über Herrschafts- und Machtverhältnisse im zeitgenössischen Russland oder

über Entscheidungsfindungsprozesse und deren Aushandlung kaum etwas bekannt. Das zeigt sich beispielhaft an den undifferenzierten Darstellungen des Konfliktes zwischen der russischen Regierung und *der* Oligarchie, wie zum Beispiel Michail Chodorkowskij, in denen letzterer oft als Kämpfer für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dargestellt wird (vgl. Jaitner 2014a). Der Fokus auf den russischen Präsidenten und seinen Machtzirkel offenbart auch Schwächen, die sich kontinuierlich verschärfende autoritäre Herrschaft im Land genauer zu erklären. Denn wenn autoritäre Herrschaft kein Selbstzweck ist oder nicht aus der vermeintlichen russischen Unfähigkeit zur Demokratie begründet wird, bleibt offen, warum die unterstellte totalitäre Machtfülle nicht unmittelbar für die Errichtung einer Diktatur genutzt wurde und wer die Triebkräfte dieser Entwicklung sind. Auch das Interesse des Machtblocks beziehungsweise einflussreicher Fraktionen an dem zunehmend aggressiv-expansiven außenpolitischen Kurs Russlands und der Machtzuwachs dieser Kräfte in den vergangenen zehn Jahren bleibt so im Dunkeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden drei alternative Zugänge zum Verständnis der russischen Entwicklung vorgeschlagen. Diese prägen die gesellschaftliche Entwicklung Russlands seit der Auflösung der Sowjetunion und bilden deshalb wichtige inhaltliche Leitfäden, die im Verlauf des Buches immer wieder aufgegriffen werden. Ziel dieses Vorgehens ist es, den Blick auf das Land zu erweitern und bestehende Leerstellen zu füllen.

1) Russland ist eine verspätete kapitalistische Nation.

2) Die im Zuge des Transformationsprozesses entstandene russische Bourgeoisie hat es nicht vermocht, ein hegemoniales Projekt durchzusetzen, das die Einführung des Kapitalismus und die Etablierung der neuen Klassenherrschaft abgesichert hätte.

3) Die gesellschaftliche Entwicklung Russlands ist geprägt von einem wiederkehrenden Paradoxon: Staatliche Entwicklungsstrategien verschärfen aufgrund ihres autoritären Charakters die sozialen, ökologischen und politischen Widersprüche im Land und intensivieren bestehende Krisenphänomene.

Russland als verspätete kapitalistische Nation

Eine russische Besonderheit und Ursache vieler innerer wie äußerer Widersprüche – so auch die wachsenden Spannungen mit dem Westen – ist die nachholende kapitalistische Entwicklung. Der sowjetische Staatssozialismus brachte nicht nur ein anderes Wirtschaftssystem, die Planwirtschaft, hervor, sondern war bis in die 1960er-Jahre auch weitgehend entkoppelt vom kapitalistischen Weltmarkt. Dies änderte sich mit der ab den 1970er-Jahren einsetzenden Ausbeutung der sibirischen Öl- und Gasvorräte. Der ab diesem Zeitpunkt forcierte Rohstoffexport nach Westeuropa und Deutschland führte zu einer partiellen Eingliederung der Sowjetunion in den kapitalistischen Weltmarkt, ein innergesellschaftlicher Übergang

zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen blieb jedoch aus. In den folgenden Jahren nahm die Bedeutung des Öl- und Gasexports für die volkswirtschaftliche Entwicklung der UdSSR immer stärker zu und verschob die innersowjetischen Kräfteverhältnisse weiter zugunsten der Russischen Teilrepublik (RFSFR). Eine Folge des verstärkten Rohstoffexports nach Westeuropa war der Bedeutungsverlust der einheimischen produzierenden Industrie, der zu einer schleichenden ökonomischen Abhängigkeit der Sowjetunion von diesen Ländern führte, insbesondere im Hochtechnologiegüterbereich (vgl. Kagarlickij/Sergeew 2014: 381–384). Kennzeichnend für die sowjetische Ökonomie der 1980er-Jahre war eine wachsende Dualität zwischen dem außenorientierten Rohstoffsektor und binnenorientierten produzierenden Sektoren, was die inneren Entwicklungsunterschiede des Landes verschärfte. Dies stärkte Forderungen innerhalb der russischen Eliten, die materielle und rohstoffliche Subventionierung der sowjetischen Peripherie (Kaukasus, Zentralasien), die maßgeblich durch die russische Teilrepublik erbracht wurde, zugunsten einer verstärkten Weltmarktorientierung drastisch zu reduzieren.

Die kapitalistische Transformation in den 1990er-Jahren vollzog sich für Russland zu sehr ungünstigen Bedingungen. Ein wichtiger Grund lag in der dualen Struktur der russischen Ökonomie. Während die produzierenden Sektoren technologisch immer stärker hinter der westlichen Konkurrenz zurückfielen und dementsprechend ein großer Modernisierungsbedarf bestand, profitierten russische Rohstoffkonzerne von der hohen globalen Nachfrage oder verfügten im Falle der Öl- und Gasindustrie bereits über eine starke Präsenz in einigen Staaten Westeuropas. Die Politik der Jelzin-Administration vertiefte die Krise des produzierenden Sektors, da staatliche Steuerungsmechanismen zur Anpassung dieser Branche weitgehend aufgegeben wurden. Die produzierenden Sektoren konnten unter diesen Bedingungen nicht mit westlichen Firmen konkurrieren. Die Folge war eine partielle Deindustrialisierung und ein anhaltender wirtschaftlicher Niedergang.

Im Vergleich zum Westen oder den staatssozialistischen Ländern Ostasiens wie China vollzog sich der kapitalistische Übergang in Russland mit deutlicher Verspätung. Anders als in China verzichtete die russische Regierung zudem darauf, einheimische Firmen vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, obwohl oftmals Institutionen und Gesetze, die für den Übergang zur Marktwirtschaft notwendig waren, nicht existierten. Nach Ansicht des Vorsitzenden des Russlandgeschäfts eines internationalen Ölkonzerns beeinflusste die nachholende kapitalistische Entwicklung Russlands den Erfolg oder Misserfolg einheimischer Sektoren in ihrer Internationalisierungsstrategie. Mit Blick auf den Öl- und Gassektor erklärte er im persönlichen Gespräch: »Russische Firmen im Ausland haben weniger als 20 Jahre Geschichte hinter sich. Viele Firmen wie Royal Dutch Shell sind in Regionen wie Afrika und dem Nahen Osten seit mehr als 50, 70 Jahren präsent. Diese Disparität lässt sie [die russischen Firmen] weniger erfolgreich erscheinen.«

Der Übergang zur Marktwirtschaft leitete nicht den von der Jelzin-Administration und westlichen Beratern prognostizierten ökonomischen Modernisierungs-

prozess ein. Er verschärfte die Dualität der Ökonomie und festigte die periphere Stellung Russlands in der internationalen Arbeitsteilung, was in dessen Rolle als globalem Rohstofflieferanten deutlich wurde. Im Jahr 2021 entfiel laut Angaben der russischen Statistikbehörde Goskomstat über 60% der russischen Exporte auf fossile Energieträger (Öl, Gas und Kohle) und auf andere Rohstoffe wie Metalle noch einmal knapp%. Im Folgenden wird von einem ressourcenextraktivistischen oder extraktiven Entwicklungsmodell gesprochen, denn die Ausrichtung auf die Ausbeutung und den Export von Rohstoffen prägt auch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und die politische Ordnung des Landes.

Damit konnte Russland zu einem viel geringeren Teil vom Ende des Ost-West-Konflikts profitieren als die westlichen Staaten. Die Auflösung der Sowjetunion und die einsetzende kapitalistische Transformation waren vielmehr gleichbedeutend mit einem anhaltenden politischen und ökonomischen Bedeutungsverlust des Landes. Auch der ideologischen Anziehungskraft des Westens hatte Russland wenig entgegenzusetzen. Die vormaligen staatssozialistischen Länder Europas und die sowjetischen Nachfolgestaaten verzichteten bereitwillig auf den Versuch, ein alternatives Zentrum gesellschaftlicher Entwicklung zur kapitalistischen »ersten Welt« zu entwickeln. Vielmehr galten der Westen, seine gesellschaftliche Ordnung und sein Wirtschaftsmodell plötzlich als alternativloser Entwicklungspfad. Das Diktum des »Endes der Geschichte« des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama symbolisierte nicht nur den Sieg des kapitalistischen Westens über den Staatssozialismus, sondern es formulierte auch den zukünftigen Entwicklungsweg dieser Länder, der in der Etablierung einer repräsentativen Demokratie und einer kapitalistischen Marktwirtschaft liegen sollte. Bereits in den frühen 1990er-Jahren wurden die Konturen einer neuen, westlich dominierten Weltordnung mit nur einer einzigen globalen Supermacht, den USA, sichtbar. Die politischen Führungen der vormaligen staatssozialistischen Länder strebten mit aller Macht nach einem Platz in dieser neuen Ordnung und akzeptierten bereitwillig die eigene politische, ökonomische und ideologische Unterordnung.

Der Historiker Boris Kagarlickij¹ beschreibt Russland daher als »peripheres Imperium« (Kagarlickij 2009). Denn trotz seiner ökonomischen Schwäche blieb das Land aufgrund seines militärischen Potenzials, der geografischen Lage und der ständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat ein wichtiger internationaler Akteur. Der Verlust des Weltmachtstatus und die periphere Integration in die westlich dominierte Weltordnung stärkte – ähnlich wie in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg – frührevanchistische Kräfte, die einen gleichberechtigten Platz in der internationalen Ordnung einforderten. So kritisierte Wladimir Putin in seiner berühmten Rede auf der

¹ Die Transliteration der russischen Namen orientiert sich am deutschen Standard, zur besseren Lesbarkeit wird im Fließtext jedoch auf die Sonderzeichen (č, š, ž) verzichtet. Bei englischsprachigen Quellen wird im Text die einheitliche deutsche Schreibweise angewandt, die Quellenangaben sind jedoch im Original.

Münchener Sicherheitskonferenz 2007 nicht nur die geopolitischen Entwicklungen zuungunsten Russlands (NATO-Osterweiterung, westliche Interventionen im Nahen Osten und ehemaligen Jugoslawien), sondern auch die Barrieren für russische Unternehmen in wirtschaftlichen Schlüsselsektoren westlicher Länder (vgl. Putin 2007). Im Angesicht des ökonomischen Niedergangs, der hohen sozialen Ungleichheit und der wachsenden regionalen Entwicklungsunterschiede im Innern verfiel das Narrativ der Einkreisung Russlands durch den Westen und stärkte autoritäre, nationalkonservative Kräfte, die zur Wahrung der eigenen Interessen zunehmend auf einen konfrontativen Kurs gegenüber dem Westen setzten.

Die begrenzte Hegemoniefähigkeit der russischen Bourgeoisie

Die Integration der sowjetischen Nachfolgestaaten in den Weltmarkt verschärfte nicht nur die wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit von Westeuropa und den USA, sondern auch die soziale und regionale Polarisierung innerhalb des postsowjetischen Raums (vgl. Kagarlitski 2009). Diese Entwicklung wurde durch das wirtschaftspolitische Programm der Jelzin-Administration, besser bekannt als Schocktherapie,² beschleunigt. Das Ausmaß des ökonomischen Niedergangs verdeutlichte der Ökonom Joseph Stiglitz (vgl. 2002), demzufolge die volkswirtschaftlichen Verluste Russlands gemessen am Bruttoinlandsprodukt sogar noch größer waren als während des Zweiten Weltkrieges.

Der Verarmung breiter gesellschaftlicher Schichten stand die Entstehung einer postsozialistischen russischen Bourgeoisie gegenüber. Die sogenannte Oligarchie – und hierin liegt ein spezifisches Merkmal des russischen Kapitalismus – entstand in erster Linie durch die Umwandlung von Staats- in Privateigentum, das heißt, sie profitierte von den engen Verbindungen zu Staat und Regierung. Die in den 1990er-Jahren konstatierte »Eroberung des Staates« durch die Oligarchie (Hellman/Jones/Kaufman 2000) übersieht dessen Funktion im Transformationsprozess. Die Regierung verfolgte das Ziel, nationale Unternehmer*innen in den exportorientierten Branchen zu fördern, die global konkurrenzfähig waren. Daher bemühte sie sich um die Anerkennung der Privatisierungsprozesse im (westlichen) Ausland, die Aufnahme in internationale Finanzorganisationen (IWF, Weltbank) und die Einladung zu den G-7-Konsultationen. Da die Eigentumsverhältnisse aufgrund der dubiosen Privatisierungsprozesse jedoch hochgradig umstritten waren, ist das

² Die sogenannte Schocktherapie orientierte sich stark an neoklassischen Inhalten und setzte auf eine umfassende Deregulierung des zuvor staatlich kontrollierten Außenhandels, die Liberalisierung des Finanzsektors, die weitgehende Abschaffung staatlich regulierter Preiskontrollen und die Privatisierung des Staatseigentums (siehe Jaitner 2014b).

Privatkapital bis heute vom Staat beziehungsweise staatlichem Schutz abhängig, wodurch die dominante Position der Staatsbürokratie langfristig erhalten blieb.³

Das asymmetrische Verhältnis zwischen Staat und Bourgeoisie wurde durch die bonapartistische Wende im Jahr 1993 weiter vertieft.⁴ Die Auseinandersetzung zwischen dem Parlament und der Jelzin-Administration entzündete sich an der Kritik der Opposition an der Schocktherapie und der Forderung nach einem sozialen, graduellen marktwirtschaftlichen Übergang. Damit griff der Konflikt zwischen dem Parlament und der Regierung den strukturellen Widerspruch zwischen Demokratie und Kapitalismus auf. Denn Demokratie und Kapitalismus bilden nicht zwangsläufig eine Einheit. In vielen Fällen wird eine demokratische Entwicklung durch den Kapitalismus begrenzt oder sogar verhindert. Dem demokratischen Anspruch der formalen politischen Gleichheit aller Bürger*innen eines Landes stehen die soziale Ungleichheit und die damit einhergehenden ungleichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse gegenüber. In Russland spitzte sich dieser Widerspruch zu, da stabile demokratische Verhältnisse sozialer Grundlagen bedürfen, die im Zuge der neoliberalen Schocktherapie jedoch systematisch erodierten. Das Parlament forderte nicht nur einen sozialeren marktwirtschaftlichen Übergang, sondern auch eine breite gesellschaftliche Beteiligung bei der Gestaltung wirtschaftspolitischer Fragen. Das Regierungslager begriff solcherlei Forderungen jedoch nicht als Bestandteil demokratischer Willensbildung, sondern diskreditierte sie als Ausdruck demokratischer Unreife sowjetischer Beharrungskräfte und schlug den Protest letztendlich gewaltsam nieder. Die Bereitschaft des herrschenden Blocks, die demokratische Konsolidierung zugunsten der Einführung des Kapitalismus zu opfern, verhinderte die ökonomische und politische Konsolidierung der neuen Bourgeoisie und legte den Grundstein für ein strukturelles Abhängigkeitsverhältnis zwischen Kapital und Staat.

Als Reaktion auf den gesellschaftlichen Niedergang der 1990er-Jahre war der herrschende Block jedoch zur Stärkung der staatlichen Autonomie und zu einem aktiven staatlichen Dirigismus in der Wirtschaftspolitik bereit, wenn diese dazu dienten, die Reproduktionsbedingungen des russischen Kapitalismus zu verbessern. Die unter Wladimir Putin etablierte oligarchisch-etatistische Ordnung verkörperte ein Bündnis zwischen den zentralen gesellschaftlichen Akteuren des Machtblocks – der neuen Bourgeoisie und den Staatsapparaten. Es handelte sich um ein autoritäres Projekt des Machtblocks zur Stabilisierung der aus dem Chaos

³ Der Fall Chodorkowskij zeigt eindrücklich, dass der Staat die Protektion für einzelne Oligarchen auch wieder entziehen und den Besitz neu verteilen kann. Dabei handelt es sich um keinen Einzelfall.

⁴ Der Begriff Bonapartismus wurde von Karl Marx in seiner Schrift »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« entwickelt und später von Leo Trotzki für die Analyse der stalinistischen Sowjetunion und der Herausbildung einer neuen herrschenden Staatsbürokratie aufgegriffen. Die Anwendung des Bonapartismus-Konzeptes auf die zeitgenössischen Herrschafts- und Kräfteverhältnisse in Russland erfolgt im Detail in Kapitel 4, S. 76ff. und den folgenden Kapiteln.

des Transformationsprozesses hervorgegangenen Herrschaftsverhältnisse. Der Staat wurde zum Taktgeber der gesellschaftlichen Entwicklung, da er nicht nur die Prozesse zur Entscheidungsfindung konzentrierte, sondern auch die widersprüchlichen Interessen innerhalb des Machtblocks in eine kohärente Politik umsetzte. Doch ging die Rolle des Staats über eine bloße Vermittlungsfunktion hinaus. Durch entsprechende Politiken und lobbyierende Tätigkeit unterstützte er die Expansion russischer Kapitalfraktionen im Innern und im Ausland.

Die Maßnahmen zur Stärkung der staatlichen Autonomie festigten die prekäre Lage der russischen Bourgeoisie und ihr strukturelles Abhängigkeitsverhältnis zum Staat. Denn der wirtschaftliche Erfolg eines Unternehmens im Inland, dessen ökonomische Konsolidierung und die Erschließung ausländischer Märkte hängen in hohem Maße von den Verbindungen zu den Staatsapparaten und deren Schutz ab. Dies wurde im Zuge der ökonomischen Krise und der westlichen Sanktionen besonders deutlich. Die strukturelle Schwäche verhinderte, dass die russische Bourgeoisie eine tragfähige, stabile Hegemonie errichten konnte. Deshalb blieben die Verhältnisse instabil, wiederkehrende Krisen wurden zum Normalzustand.

Die Wiederkehr des russischen Paradoxons

Die Maßnahmen der russischen Regierung waren von einem in der russischen Geschichte immer wieder auftretenden Merkmal gekennzeichnet: Staatliche Entwicklungsstrategien verschärfen aufgrund ihres autoritären Charakters die sozialen, ökologischen und politischen Widersprüche im Land und intensivieren bestehende Krisenphänomene. Dies nenne ich das »russische Paradoxon«. Es zeigte sich auch wieder seit dem Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008, als die Grenzen des autoritären Modernisierungsprojektes Putins deutlich wurden. Trotz der hohen Wachstumsraten in der Periode zwischen 1999 und 2008 gelang es der Regierung nicht, die duale Struktur der russischen Ökonomie zu überwinden. Im Gegenteil: Die Ausrichtung auf den Rohstoffexport wurde sogar vertieft, was Russland sehr anfällig für globale Krisen machte. »Insgesamt«, konstatierte der Ökonom Ruslan Dzarasow (2016: 29), »war die Krise in den GUS-Staaten im Vergleich zu den kapitalistischen Zentrumsstaaten heftiger«. Die im Zuge der Krise beschleunigte Deindustrialisierung der Region verringerte die Komplexität der Produktionsstrukturen und förderte die Ausrichtung auf den Rohstoffexport und einfache Weiterverarbeitungsschritte, was bedeutete, »dass die GUS-Staaten Produktionsketten mit geringer Wertschöpfung besetzen« (ebd.). Die Geografen Adrian Smith und Adam Swain (vgl. 2010) argumentierten, dass der wirtschaftliche Einbruch im postsowjetischen Raum nicht nur als ein Resultat externer Schocks verstanden werden sollte. Vielmehr hatte die Krisenanfälligkeit der gesamten Region ihre Ursache in den spezifischen Transformationsstrategien der einzelnen Länder nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und den damit verbundenen geopolitischen Orientierungen.

Vor dem Hintergrund des neuen Krisenzyklus 2008ff. verschärfen sich die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Russland. Die Massenproteste in den Jahren 2011 bis 2013 waren Ausdruck einer umfassenden Legitimations- und Repräsentationskrise. Diese manifestierte sich aufseiten der Protestierenden in einer Ablehnung der Repräsentant*innen und Institutionen der oligarchisch-etatistischen Ordnungen und damit einhergehenden Forderungen nach eigener Repräsentation und direkter Demokratie. Die Regierung reagierte darauf mit zunehmend offen repressiven Maßnahmen und einer Öffnung nach rechts. Das Ausgreifen der Krise auf das politische System und die autoritäre Reaktion des herrschenden Blocks waren ein Wendepunkt in der jüngeren russischen Geschichte, denn konsensuale Modi der Regierungsführung, die zur Anfangszeit Putins noch bedeutsam waren, wurden zunehmend aufgegeben. Stattdessen sicherte der herrschende Block seine dominante Stellung fast ausschließlich durch repressive Maßnahmen.

Die sich überlagernden Krisenprozesse führten auch innerhalb des herrschenden Blocks zu Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs des Landes. Das extraktive Entwicklungsmodell wurde zunehmend zum Hindernis für die Entwicklung des russischen Kapitalismus und der Bourgeoisie. Letztere war daher nicht mehr bereit, ihre semi-periphere Position im kapitalistischen Weltsystem zu akzeptieren. Dies ist ein wichtiger Faktor für die zunehmend aggressive Außenpolitik des russischen Staates. Die Abhängigkeit vom Rohstoffexport gefährdete nach Ansicht relevanter Fraktionen des herrschenden Blocks nicht nur die globale Führungsposition der Russischen Föderation, sondern mittelfristig sogar deren Existenz. »Wenn es uns nicht gelingt, Russland ökonomisch zu modernisieren, droht uns dasselbe Schicksal wie der Ukraine«, mahnte ein Teilnehmer einer Podiumsdiskussion auf dem Moscow Economic Forum, einer der wichtigsten Wirtschaftskonferenzen des Landes, an der im Jahr 2015 auch der Autor teilnahm.

In einem Artikel für die Wirtschaftszeitung *Wedomosti* kritisierte Präsident Putin bereits im Jahr 2012 ausführlich die periphere Weltmarktintegration des Landes und die negativen Folgen dieses Prozesses für die russische Industrie (vgl. Putin 2012). Bis zu diesem Zeitpunkt war die Peripherisierung Russlands als strukturelles Hindernis gesellschaftlicher Entwicklung vor allem in akademischen Debatten, Teilen der politischen Linken und unter Vertreter*innen der nationalkonservativen Rechten als Problem präsent. Zwar hatte die Regierung bereits in den 2000er-Jahren kritisch auf die Deindustrialisierung des Landes oder die wachsende technologische Rückständigkeit zu den Zentrumsstaaten hingewiesen, doch insgesamt wurde die Ausrichtung auf den Ressourcenextraktivismus unter Putin sogar noch vertieft.

Konsequente Veränderungen in der staatlichen Politik lassen sich erst seit dem Beginn des Krieges zwischen der ukrainischen Regierung und den separatistischen Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie daraufhin beschlossenen ersten westlichen Russland-Sanktionen 2014 feststellen. Als Reaktion gründete die russische Regierung eine Kommission zur Importsubstitution. Diese, wie in der liberalen Wirtschaftszeitung *Kommersant* kommentiert wurde, beanspruche

im Hinblick auf den Firmensektor Vollmachten, die »seit 1993–1994 weder das Wirtschaftsministerium noch [...] das Industrieministerium oder andere Ministerien« (Butrin 2015) jemals hatten. Eigenen Angaben zufolge handelt es sich bei der Kommission um ein »Koordinationsorgan«, um das einheitliche Agieren der Exekutivorgane auf föderaler, nationaler und regionaler Ebene zu gewährleisten. Die Kommission verfolgt das Ziel, die Importabhängigkeit der Industriesektoren zu reduzieren und Firmen und Unternehmern konkrete Hilfestellung zu leisten (vgl. government.ru o. D.). Die Ansiedlung der Kommission beim Präsidenten der Russischen Föderation verdeutlicht die unmittelbare Bedeutung, die die Regierung der Importsubstitutionsstrategie beimisst.

Unter dem Stichwort »Lokalisierung« bemüht sich die russische Regierung zudem um eine Verlagerung von industrieller Produktion nach Russland. Dazu setzt sie einerseits auf eine Radikalisierung der kapitalistischen Standortkonkurrenz, indem Investoren Steuervorteile geboten sowie der Arbeitnehmer*innenschutz schwach und das Lohnniveau niedrig gehalten werden. Andererseits verabschiedete die Putin-Administration im Juli 2017 ein »nationales Projekt« mit dem Titel »internationale Kooperation und Export«. Demnach sollten ausgewählte Branchen wie etwa der zivile Maschinenbau, Metallverarbeitung, Chemie, Pharmazeutik, Holzverarbeitung und Landwirtschaft durch staatliche Subventionen und Kredite gefördert und weltmarktfähig gemacht werden, um der starken Konzentration auf den Rohstoffexport entgegenzusteuern. Dieses Vorhaben wurde in den sogenannten Mai-Dekreten bestätigt, welche die wirtschaftspolitische Agenda von Putins vierter Amtszeit (2018–2024) bestimmten. Insbesondere für die produktiven Sektoren und die Landwirtschaft bekräftigte die Regierung ihr Ziel, die Entwicklung exportorientierter Unternehmen zu unterstützen. Dazu waren staatliche Investitionen im Umfang von mehr als 950 Mrd. Rubel (umgerechnet 12,7 Mrd. Euro) geplant (vgl. Manuilova/Krjučkowa 2019). Außerdem wurde die Entwicklung bestimmter Dienstleistungen wie des Tourismus, des Gesundheitssektors oder der IT-Branche gefördert. Zu diesem Zwecke wurden Planungskapazitäten in den entsprechenden Ministerien gestärkt oder aufgebaut sowie eigene staatliche Strukturen wie das »Russische Exportzentrum« gegründet, das durch Kredite oder Beratung den nicht-extraktiven Export unterstützte.

Im Mittelpunkt der Modernisierungsbestrebungen des extraktivistischen Entwicklungsmodells stand eine Erweiterung der Exportpalette. Durch die Erschließung neuer fossiler Lagerstätten in ökologisch sensiblen Gebieten wie der Arktis und Ostsibirien sollte Russlands Rolle als »Energiesupermacht« und damit der wirtschaftliche und geopolitische Einfluss gestärkt werden. Die intensivierete Rohstoffausbeutung ging einher mit Plänen zur Förderung der einheimischen Zuliefererbetriebe (Maschinenbau, chemische Industrie). Denn die dazu notwendigen Technologien und Maschinen sollten verstärkt in Russland entwickelt und produziert werden, darüber hinaus wurde eine stärkere Veredelung der Rohstoffe im Land angestrebt. Ein weiterer zentraler Bestandteil eines modernisierten Ressour-

cenextraktivismus war die Positionierung Russlands als Produzent grüner Energien, insbesondere für Europa und Asien und die Förderung weiterer extraktiver Sektoren wie dem agro-industriellen Komplex.

Die Auseinandersetzungen im Machtblock blieben beinahe ausschließlich auf die Sphäre der Wirtschaft reduziert. Eine Beteiligung breiter gesellschaftlicher Schichten an der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung, die soziale Ungleichheit im Land oder die ökologischen Folgen der intensivierten Rohstoffausbeutung wurden kaum erörtert. Im Gegenteil: Auf die wachsenden gesellschaftlichen Widersprüche reagierte der herrschende Block mit immer repressiveren Maßnahmen. Dies warf die Frage auf, inwiefern die Auseinandersetzungen um die Entwicklung des Landes und der expansiv-aggressive außenpolitische Kurs die bestehenden Krisen weiter intensivierten.

Im Folgenden werden die Auseinandersetzungen um das russische Entwicklungsmodell untersucht. Denn obwohl diese für das Verständnis des Landes von großer Wichtigkeit sind, finden sie im öffentlichen Diskurs hierzulande kaum Berücksichtigung. Im Mittelpunkt der Analyse stehen idealtypisch zwei konkurrierende Fraktionen: Die stärker binnenorientierte national-kapitalistische Entwicklungsstrategie, die im Zuge einer umfassenden Re-Industrialisierung auf die Förderung der produzierenden Sektoren setzt, und ein erneuerter Ressourcenextraktivismus, der durch eine Modernisierung der technologischen Basis und die partielle Integration angrenzender Industriezweige die russische Rolle als globaler Rohstofflieferant zu stärken versucht. Das Ziel der vorliegenden Analyse ist es, die Position der beiden Fraktionen im Machtblock politisch und ökonomisch zu verorten und davon ausgehend die sich verschiebenden Kräfteverhältnisse zu analysieren. Außerdem sollen auf der Grundlage der konkreten Politik die zukünftigen Konturen des russischen Kapitalismus skizziert werden.

Eine Analyse der Auseinandersetzung um die Importsubstitutionspolitik ist deshalb bedeutsam, da sie an den Grundfesten des russischen Entwicklungsmodells rüttelt, der Rohstoffwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf fossilen Brennstoffen. Der Begriff Entwicklungsmodell geht über den Teilbereich der Ökonomie hinaus und beschreibt eine bestimmte Form der gesellschaftlichen Regulation, das heißt spezifische Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die ein Produktionsmodell absichern. Die Übernahme wichtiger Forderungen der nationalkapitalistischen Entwicklungsstrategie durch die Regierung ist zweifellos eine bedeutende politische Veränderung im Vergleich zu den Vorkrisenjahren. Speziell die institutionelle Verankerung der Strategie im Staat durch den Aufbau von Planungsstäben oder neuen Agenturen könnte die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mittel- bis langfristig verändern. Das gilt umso mehr, seitdem die westlichen Staaten als Reaktion auf den Einmarsch in die Ukraine ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Russland immer weiter begrenzen und die Sanktionen ausweiten. Eine Analyse der Auseinandersetzung um die russische Importsubstitutionspolitik kann folglich dazu beitragen, die als verworren erscheinenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse,

aber auch die Konflikte innerhalb des Machtblocks freizulegen und damit künftige Entwicklungstendenzen des russischen Kapitalismus zu deuten.

Der historische Ansatz der Arbeit erklärt sich einerseits aus der Bedeutung des Forschungsthemas. Konflikte um das gesellschaftliche Entwicklungsmodell sind nicht neu, sondern eine Reaktion auf die (semi)periphere Lage des Landes im kapitalistischen Weltsystem. Der gewählte Zugang trägt diesem Umstand Rechnung und zeichnet auf diese Weise auch eine russische Wirtschaftsgeschichte nach. Andererseits ist die Einführung des Kapitalismus in Russland ein historisch junges Phänomen, und obwohl die Auswirkungen auf die Entwicklung des Landes nicht zu übersehen sind, werden sie in der wissenschaftlichen Forschung mehrheitlich vernachlässigt. Ergänzt wird die Analyse durch insgesamt acht Interviews mit Vertreter*innen der russischen Industrie, Unternehmensberater*innen und Wissenschaftler*innen, die der Verfasser bei verschiedenen Forschungs- und Rechercheaufenthalten in Russland durchführte. Es bleibt anzumerken, dass der Fokus auf Konflikte innerhalb des herrschenden Blocks dazu führt, dass soziale Kämpfe um alternative Projekte über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinaus eine geringere Beachtung finden. Dementsprechend sind etwa regionale Konflikte gegen Naturausbeutung und Sozialkürzungen kein ausführlicher Bestandteil der Arbeit.

Der Krieg in der Ukraine stellt eine Zäsur dar und beendet das dreißigjährige Interregnum, in dem vor allem in den 1990er-Jahren partnerschaftliche Beziehungen auf Augenhöhe zwischen Russland und dem Westen langfristig greifbar schienen. Russland und die Ukraine, der postsowjetische Raum, Europa und vermutlich die globale Weltordnung werden sich nach Ende des Krieges grundlegend verändert haben. Eine sozioökonomische Analyse Russlands ermöglicht ein tiefer gehendes Verständnis der sich verschärfenden geopolitischen Konfrontation, da sie die zunehmend aggressive Außenpolitik des Landes aus den inneren Widersprüchen und Konflikten heraus erklärt. Auf diese Weise soll die Arbeit auch dazu beitragen, den beliebten Reduktionismus auf das »System-Putin« zu überwinden und die Regierungspolitik im Kontext konkreter klassenspezifischer Interessen zu analysieren. Eine Analyse der aktuellen Entwicklungskonflikte innerhalb des herrschenden Blocks erlaubt zudem, die Konturen des sich im Zuge des Konfliktes stark verändernden russischen Kapitalismus herauszuarbeiten. Einige Tendenzen sind bereits deutlich erkennbar: Angesichts der westlichen Sanktionspolitik gewinnen im russischen Machtblock Fraktionen an Einfluss, die auf eine Ausweitung der Importsubstitution sowie ein Bündnis mit China und Indien setzen. Diesen wirtschafts- und außenpolitischen Kurswechsel verbinden die nationalkonservativen Kräfte mit einer repressiven innenpolitischen Agenda. Damit dürfte auf lange Sicht eine Konfrontation zwischen Russland und dem Westen festgeschrieben werden. Die Bearbeitung drängender Menschheitsaufgaben wie die Begrenzung des Klimawandels, die Bekämpfung globaler Pandemien oder sozialer Ungleichheit wird damit auf unbestimmte Zeit in die Zukunft verschoben, denn ohne Russland werden diese Herausforderungen nicht zu lösen sein.